



Other Publication

Jemen als Spielball der Regionalmächte

Author(s):

Guggenheim, Jeremy

Publication Date:

2021-03

Permanent Link:

<https://doi.org/10.3929/ethz-b-000471177> →

Rights / License:

[In Copyright - Non-Commercial Use Permitted](#) →

This page was generated automatically upon download from the [ETH Zurich Research Collection](#). For more information please consult the [Terms of use](#).

Jemen als Spielball der Regionalmächte

Äussere Mächte wirken zentral auf das Geschehen im Krieg in Jemen ein. Das erhöht dessen Komplexität. Die USA engagieren sich unter ihrem neuen Präsidenten Joe Biden verstärkt für eine Konfliktbeendigung. Diese bleibt schwierig. Sollten sich externe Akteure vorzeitig zurückziehen, bliebe der Jemen ein gespaltenes Land, in dem sich verschiedene Volksgruppen zutiefst misstrauen.

Von Jeremy Guggenheim

Im jemenitischen Bürgerkrieg bekämpfen sich die schiitische Gruppierung *Ansabr Allah*, allgemein als Huthi bekannt, und die international anerkannte Zentralregierung um Präsident Abdrabbuh Mansur Hadi. Die schiitische Miliz versucht, mittels ihrer militärischen Offensive ein unabhängiges Imamats im Jemen aufzubauen. Schützenhilfe erhielten die Huthi von dem schiitischen-islamischen Iran. Dessen Erzfeind, das sunnitische Saudi-Arabien, stellte gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Koalition zusammen, um den von den Huthi vertriebenen Präsidenten Hadi und seine Zentralregierung wieder an die Macht zu bringen. Infolge einer von Saudi-Arabien angeführten Militärintervention eskalierte der innerjemenitische Konflikt zu einem saudisch-iranischen Stellvertreterkrieg.

Die Koalitionspartner Saudi-Arabien und die VAE verfolgen im Rahmen der gemeinsamen Intervention jedoch verschiedene, zum Teil gegensätzliche Ziele. Für Riad steht die Eindämmung des iranischen Einflusses und die Neutralisierung der von der Huthi-Miliz ausgehenden Bedrohung im Vordergrund. Die VAE wollen hingegen hauptsächlich einen lokalen Ableger der Muslimbrüder, eine weitere Konfliktpartei im Jemen, bekämpfen. Allerdings



Huthi-Soldaten auf der Rückseite eines Polizeistreifenwagens nach der Teilnahme an einer Versammlung in Sanaa, Jemen am 19. Februar 2020. *Khaled Abdullah / Reuters*

fand die Zentralregierung Hadis in den Muslimbrüdern ihren wichtigsten Verbündeten. Als sich die Zentralregierung und Saudi-Arabien unwillig zeigten, die Partnerschaft zwischen der Regierung Hadi und den Muslimbrüdern aufzulösen, begannen die VAE, konkurrierende Milizen auszubilden, die sich gegen das Regie-

rungsbündnis Hadis stellen. Daher gewinnt im jemenitischen Bürgerkrieg ein weiterer Akteur an Bedeutung, der gegen die Huthi-Miliz kämpft, aber immer wieder auch Regierungstruppen angreift.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump lehnte zu Kriegsbeginn eine aktive

Beteiligung an der von Saudi-Arabien geführten Koalition zwar ab, sagte aber Unterstützung zu. Die neue Biden-Administration vollzieht jetzt eine Kehrtwende. Sie kündigte an, Saudi-Arabien nicht mehr länger helfen zu wollen. Der amerikanische Strategiewechsel erhöht den bereits erheblichen Druck auf Saudi-Arabien, seine Militärintervention zu beenden. Ein allfälliger Abzug der externen Akteure wird jedoch kaum zu einer dauernden Friedenslösung führen, da historische Animositäten zwischen den lokalen Konfliktparteien bestehen bleiben.

Konfliktverlauf

Als Folge des sogenannten «Arabischen Frühlings» trat 2012 der jemenitische Präsident und Langzeitherrscher Ali Abdullah Saleh zugunsten seines Stellvertreters Hadi ab. Gestärkt durch das entstandene Macht-

Die Kriegsziele der beiden Verbündeten Saudi-Arabien und VAE stimmen nur vordergründig überein.

vakuum begannen die Huthi-Miliz ihre Offensive. In kurzer Zeit nahmen sie weite Teile Nordjemens und die Hauptstadt Sanaa ein. Nach ihrem Schulterchluss mit dem ehemaligen Präsident Saleh, den sie später ermordeten, und mit der Unterstützung des ihm loyalen Militärs konnten sie bis zur Hafenstadt Aden vorrücken und diese im März 2015 einnehmen. Die Zentralregierung um Präsident Hadi setzte sich daraufhin ins saudi-arabische Exil ab.

Mit dem Ziel, Hadi wieder einzusetzen, baute Saudi-Arabien mit den VAE, Ägypten, Kuwait, Marokko und Bahrain eine Koalition auf und intervenierte im März 2015 militärisch im Jemen. Mittels eines hauptsächlich aus der Luft geführten Krieges sollte die Huthi-Miliz zurückgedrängt werden. Der saudisch-emiratischen Koalition gelang es, einige Teile des Südjemens mit der Hafenstadt Aden zurückzuerobern. Trotz militärischer Überlegenheit der die Zentralregierung unterstützenden Koalition blieb ein schneller Sieg aus, da es an Bodentruppen mangelte. Vor diesem Hintergrund gelang es der Huthi-Miliz, ihre militärische Position in einigen Gebieten Jemens zu festigen.

In der Hafenstadt Aden brach der historische Gegensatz zwischen dem ehemals geteilten Norden und Süden im August 2019 erneut aus. Die Sezessionisten vertrieben

die Regierungstruppen Hadis und verfolgten deren Verbündete, die jemenitischen Muslimbrüder, gnadenlos. Da die Sezessionisten von den VAE ausgebildet werden, nehmen die Spannungen zwischen VAE und der von Präsident Hadi geführten Zentralregierung zu.

Saudische und emiratische Ziele

Saudi-Arabien unterstützte seit 2004 die jemenitische Regierung, damals noch unter der Führung von Präsident Saleh, im Kampf gegen die Huthi. Die ehemalige Regierung vermittelte während ihrer zahlreichen Kriege den Eindruck, dass es sich bei der schiitischen Miliz um eine von Iran abhängige Gruppierung handelt. Zugleich erachtete die saudische Regierung die Huthi mit ihrer Machtbasis im Nordjemen, an der saudischen Grenze, als eine Vereinigung, die die innere Sicherheit Saudi-Arabiens bedrohte. Zu dieser Sicht trug bei, dass in Saudi-Arabien selbst eine marginalisierte und unterdrückte schiitische Minderheit lebt. Durch die Machtgreifung der Huthi verstärkte sich die latente Angst, einen iranischen Verbündeten an der Grenze zu haben, von dem potenziell eine ähnliche Bedrohungslage ausgehen würde, wie sie Israel mit der Hisbollah kennt.

Der 2015 ernannte Verteidigungsminister und heutige Kronprinz Mohammed bin Salman wollte mit seiner Intervention im Jemen einen schnellen Sieg erringen und seinen Schützling Hadi wieder einsetzen. Ferner sollte somit der ewige Gegenspieler Iran in seine Schranken verwiesen werden. Das zu Kriegsbeginn festgelegte Interventionsziel war, die Huthi zu entwaffnen, deren Beziehungen zum Iran nachweislich einzustellen sowie die Teilnahme an einer Einheitsregierung durchzusetzen.

Für die Vereinigten Arabischen Emirate stellte die Intervention im Jemen eine optimale Möglichkeit dar, ein neues Selbstverständnis zu betonen. Mit dem «Arabischen Frühling» ging eine Schwächung der traditionellen Machtzentren der Region einher. Das Entstehen dieses Machtvakuum ermöglichte es den Emiraten, aus ihrer traditionellen Rolle als Juniorpartner Saudi-Arabiens auszubrechen. Nach einer Phase der innenpolitischen Konsolidierung, ermöglicht durch eine stärkere Repression der Muslimbruderschaft und dem Machtverlust des Emirats Dubai in Folge der Finanzkrise, begann der emiratische Kronprinz, eine selbstbewusstere Politik zu verfolgen. Das Engagement in verschiede-

nen Konflikten (Jemen, Katar und Libyen) sollte der neuen Rolle der VAE als revisionistischer Gegenpol zum «Arabischen Frühling» Rechnung tragen, der zum Ziel hat, den Machtzuwachs des politischen Islam zu verhindern.

Die Kriegsziele der beiden Verbündeten Saudi-Arabien und VAE stimmen jedoch nur vordergründig überein. Beide Staaten entwickelten unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen. Die emiratische Politik priorisiert die Unterdrückung des politischen Islams der Muslimbruderschaft, da sie in dieser Gruppierung und ihrem Mobilisierungspotenzial transnationaler Strukturen die Hauptbedrohung ihrer Regimestabilität sieht. Auf der saudischen Agenda steht hingegen die Eindämmung des expansiven Iran an oberster Stelle. Des Weiteren versteht die emiratische Führung die Intervention als Mittel, die jemenitischen Häfen unter Kontrolle zu bringen, um den Handlungsspielraum im Golf von Aden zu erweitern.

Die Huthi und Iran

Entgegen der saudischen Wahrnehmung war die Kooperation zwischen der schiitischen Miliz der Huthi und dem Iran zunächst relativ begrenzt. Im Verlauf des Bürgerkrieges wurde diese Zusammenarbeit aber intensiviert. Die Kooperation der Huthi mit Teheran beruht nicht, wie oft angenommen, auf einer gemeinsamen panschiitischen Ideologie. Vielmehr verbindet sie das gemeinsame Interesse, Saudi-Arabien zu schwächen und die jeweils eigene Macht zu festigen. Dies, weil sich die jemenitische Miliz als inländischer Akteur versteht, der rein innenpolitische Ziele verfolgt (siehe Box). Im Gegensatz zu anderen iranischen Verbündeten ist die Huthi-Miliz eine bereits etablierte und grösstenteils autark operierende Gruppierung. Dies macht sie zum kostengünstigsten Verbündeten Irans in der Region. Da die Miliz zu Beginn des Bürgerkrieges politisch, ideologisch und militärisch schon gefestigt war, entwickelte sich zum Iran eine für beide Seiten vorteilhafte Beziehung.

Die iranischen Lieferungen qualitativ hochwertiger Waffensysteme haben es den Huthi ermöglicht, ihr Drohpotenzial gegenüber Saudi-Arabien auszubauen. Die Rebellen haben seit der Militärintervention 2015 damit begonnen, saudisches Staatsgebiet mit Raketen anzugreifen. Diese Angriffe haben dank iranischer Drohnen und Marschflugkörper über die Jahre an Intensität und Reichweite zugenommen. Daraus entstand für Saudi-Arabien eine reale

Die Huthi-Bewegung

Die Huthi gehören der schiitischen Strömung der Zaiditen an, die ausschliesslich im schwer zugänglichen **Nordwesten Jemens** anzutreffen sind. Im neunten Jahrhundert begründeten sie dort ihr Imamats. Dieser Staat überlebte in unterschiedlicher Form bis zur republikanischen Staatsgründung Jemens im Jahre 1962. Die Gruppierung der Huthi formierte sich in den 1990er-Jahren um ihren Namensgeber Hussein al-Huthi. Erzürnt durch die grassierende Korruption der Saleh-Regierung begründete Huthi die Bewegung mit dem **Ziel, das Imamats wiederaufleben zu lassen**. Infolge der als neokolonialistisch und islamfeindlich wahrgenommenen US-angeführten Invasion des Iraks im Jahr 2003 radikalisierte sich die Gruppierung und verstärkte ihre anti-westliche, anti-zionistische Position. Die Gruppierung ist **heterogen zusammengesetzt**. Sie besteht aus verschiedenen Stämmen und unterschiedlichen politischen Fraktionen, die radikalere oder gemässigtere Positionen vertreten. Die zaidistische Lehre unterscheidet sich stark von der im Iran dominierenden schiitischen Strömung und ist der sunnitischen Auslegung des Islams ähnlich.

Bedrohung seiner inneren Sicherheit. Die Huthi wollen durch den Raketenbeschuss Druck aufbauen und Saudi-Arabien an den Verhandlungstisch zwingen, mit dem Ziel, dass Riad den neuen territorialen Status quo akzeptiert. Der Iran hofft, dass durch die Bindung saudischer Ressourcen im jemenitischen Bürgerkrieg die Aufmerksamkeit seines Gegners vom strategisch wichtigeren Verbündeten Bashar Assad abgelenkt wird.

Paradoxerweise trieb die saudische Intervention die Huthi-Rebellen vermehrt in die Abhängigkeit Teherans. Entwickelte sich zu Beginn eine gleichberechtigte, auf gemeinsamen Interessen basierende Beziehung, so hat sich diese inzwischen zu Ungunsten der Huthi verschoben. Nur so lässt sich erklären, dass die Huthi den folgenreichen Angriff vom 14. September 2019 auf die saudischen Ölanlagen in Abqaiq und Khurais für sich reklamierten. Dies, obwohl laut US-Nachrichtendiensten der Angriff, der die saudische Ölproduktion halbierte, von iranischem Territorium ausging. So sind die Huthi von einem gleichberechtigten Partner zu einem Stellvertreter Irans degradiert worden. Genau dieses Szenario wollte Saudi-Arabien mit seiner Intervention eigentlich verhindern.

Divergierende Kriegsziele

Die international anerkannte Hadi-Regierung fand im lokalen Ableger der Muslimbruderschaft ihren wichtigsten Partner. Diese Partnerschaft wurde jedoch von der emiratischen Führung kategorisch abgelehnt. Im Einklang mit ihrer subjektiven Bedrohungswahrnehmung hatten die VAE seit 2016 ihre Operationen als Kampf gegen extremistische Gruppen dargestellt. Darunter verstehen sie nicht nur die Gruppierung der Huthi, sondern auch die sogenannte «Al-Kaida auf der Halbinsel» und insbesondere die *al-Isblah*, den jemeniti-

schen Ableger der Muslimbruderschaft. Die saudische Regierung teilte diese Einschätzung nicht. Sie sieht in der Partnerschaft ein opportunes Mittel im Kampf gegen den Erzfeind Iran.

In der Folge begannen die Emirate, Milizen und andere Akteure auszubilden und zu bewaffnen, die ihre Einschätzungen zur lokalen Regierungskoalition teilten. Unter ihnen waren die Sezessionisten im Südwesten, die für einen unabhängigen Staat eintraten. Dies führte 2017 zum Bruch zwischen der VAE und der Zentralregierung. In der Folge brachen mehrmals Kämpfe

Die Kooperation zwischen den Huthi und dem Iran war zunächst relativ begrenzt.

zwischen der Zentralregierung und ihren Verbündeten und den von den VAE unterstützten Verbänden aus. Um die allianzinternen Kämpfe zu unterbinden, vermittelten Saudi-Arabien und die VAE. Dies mündete 2019 in der «Riad-Vereinbarung», die jedoch erst im Dezember 2020 umgesetzt wurde. Die Vereinbarung sieht unter anderem vor, dass die zerstrittenen Akteure eine neue Einheitsregierung bilden.

Insgeheim hatten die VAE zu Jahresbeginn 2019 angefangen, grosse Teile ihrer Truppen aus dem Konfliktgebiet abzuziehen. Zurück blieben kleine Truppenkontingente von Spezialeinheiten für Anti-Terror-Missionen. Aufgrund des Truppenabzugs des wichtigsten Koalitionspartners und dem erneuten Ausbruch der Kämpfe im Jahr 2019 zwischen der Hadi-Regierung und durch die VAE unterstützten Sezessionisten wurde der saudischen Führung bewusst, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen war. Die Folge war die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen dem

Königshaus und den Huthi. Dieser Schritt hat vorerst keine Ergebnisse gebracht.

Quo vadis Saudi-Arabien?

Unter Donald Trump halfen die USA Saudi-Arabien logistisch bei der Wartung der Luftwaffe, der informationsdienstlichen Erfassung der Angriffsziele sowie bei der Beschaffung von Kriegsmaterial. Die Biden-Administration kündigte im Februar 2021 aber an, die Unterstützung für Saudi-Arabien einstellen zu wollen. Die Klassifikation der Huthi als Terrororganisation soll überprüft werden. Die Einstufung als Terrororganisation würde die Arbeit der internationalen Hilfswerke zusätzlich erschweren und die bereits katastrophale humanitäre Situation weiter verschärfen. Um der Lösung der Angelegenheit den notwendigen diplomatischen Nachdruck zu verschaffen, ernannte die neue US-Regierung zum ersten Mal einen Sondergesandten für den Jemen. Dieser Strategiewechsel erhöht den Druck auf Saudi-Arabien, die Militärintervention zu beenden, weil ein Luftkrieg ohne amerikanische Expertise und Präzisionsraketen operationell nicht durchführbar ist.

Mit dem Rückzug des engsten Verbündeten und dem absehbaren Ende der amerikanischen Unterstützung wird klar, dass Saudi-Arabien nicht im Stande sein wird, den Krieg militärisch zu gewinnen. Während der vergangenen sechs Kriegsjahre haben sich zudem die Rahmenbedingungen geändert. Saudi-Arabien's Reputation hat durch den Mord an Jamal Kashoggi und die Anschuldigung, Kriegsverbrechen begangen zu haben, stark gelitten. Innenpolitisch wiegen die enormen Kriegskosten schwer, insbesondere während einer Phase tiefer Ölpreise und der zu erwartenden Folgekosten der Coronavirus-Pandemie. Gemessen an seinen Kriegszielen erscheint Riad als Verlierer. Die Auflösung der Beziehung zwischen den Huthi und dem Iran wurde nicht erreicht, sie ist heute sogar stärker als je zuvor. Die Huthi haben ihrerseits den Krieg genutzt, um ihre Positionen im Nordwesten Jemens zu festigen und herrschen nun über 70–80 Prozent der jemenitischen Bevölkerung. So erscheint es auch illusorisch, dass sie bereit wären, sich entwaffnen zu lassen und sich einer Einheitsregierung anzuschliessen. Das Hauptziel, die Sicherung der gemeinsamen Grenze und der Schutz des saudischen Territoriums, erreichte Riad ebenfalls nicht.

Im Gegensatz zu Saudi-Arabien gelang es den Emiraten, die Kriegsziele wenigstens

teilweise zu erreichen. So haben sie gezeigt, dass sie in der Lage sind, eine eigenständige Politik zu verfolgen. Aus der Rolle des saudischen Juniorpartners haben sich die VAE befreit. Durch ihre verbündeten Milizen bleiben sie ungeachtet des Truppenabzugs ein bedeutender Akteur im Jemen. Es ist ihnen oder ihren Stellvertretern gelungen, alle bedeutenden Häfen mit Ausnahme von Hodaidah einzunehmen. Diese strategischen Stützpunkte ermöglichen es den VAE, jederzeit wieder im Jemen zu intervenieren. Die Basen ergänzen die bestehenden Häfen und Militärstützpunkte in Afrika. Die mittel- und langfristigen Folgen der geostrategischen Positionierung rund um die Meerenge Bab al-Mandab sind noch nicht absehbar. Wie im Falle Saudi-Arabiens hat die emiratistische Reputation durch den Kriegseinsatz indes Schaden genommen. Innenpolitisch führt der Militäreinsatz zu erhöhten Spannungen zwischen den verschiedenen Emiraten des föderalen Systems.

Für den Iran ist die *«low-cost/high-reward»*-Strategie aufgegangen. Mit geringen Mitteln konnte Teheran ein konstantes Bedrohungspotenzial an der saudischen Grenze aufbauen. Dadurch wird sogar das saudische Landesinnere bedroht. Absorbiert

durch den langwierigen Krieg konnten die Koalitionskräfte ihre Aufmerksamkeit nicht auf Syrien, das Hauptziel Teherans, richten. Die Folgen des Krieges, der Reputa-

Ohne amerikanische Unterstützung wird Saudi-Arabien nicht im Stande sein, den Krieg militärisch zu gewinnen.

tionsschaden der Koalitionspartner und die sich abzeichnende Abkühlung von deren Verhältnis zu den USA können als Resultat dem Iran nur dienlich sein.

Die diplomatischen und militärischen Misserfolge hatten bei der Zentralregierung Hadis Befürchtungen ausgelöst, bei einer allfälligen saudisch-huthischen Verhandlungslösung ausgeschlossen zu bleiben. Mit der ab Dezember 2020 in Form einer gebildeten Einheitsregierung nur teilweise umgesetzten «Riad-Vereinbarung» konnte Präsident Hadi seine Verhandlungsposition zumindest wieder stärken. Andere Elemente der Vereinbarung, darunter territoriale Fragen oder die Abrüstung, sind jedoch noch nicht erfüllt. Zudem steht die neue Einheitsregierung auf unsicherem Fundament. Ein wichtiger Grund ist das latente Misstrauen, das zwi-

schen den Regierungspartnern, also unter anderem den Separatisten und den Muslimbrüdern, weiterhin besteht. So verfügt Hadi bei seinen Entscheidungen nur über einen begrenzten Ermessensspielraum, da er die Interessen seiner lokalen und internationalen Partner einbeziehen muss. Denn selbst wenn sich Saudi-Arabien und die VAE aus dem Jemen zurückziehen sollten, werden sie auf die künftigen Entscheidungen Einfluss nehmen wollen.

Bis zu einem stabilen Friedensprozess ist es demnach noch ein langer Weg. Vor allem muss der fortbestehende historische Antagonismus zwischen der Zentralregierung und den Huthi überwunden werden. Unberücksichtigt bleiben die zahlreichen Akteure, die durch den Bürgerkrieg in Teilgebieten an die Macht gekommen sind und Interesse an der Wahrung des Status quo haben dürften.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Jeremy Guggenheim ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der FDP. Zuvor war er Forschungs- und Lehrassistent am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeber: Julian Kamasa
Lektorat: Julian Kamasa, Benno Zogg
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

XXX Nr. 279
Digitale Desinformation: Erkenntnisse aus der Ukraine Nr. 278
Südostasien: Brennpunkt der Grossmachtrivalität Nr. 277
China und die nukleare Rüstungskontrolle Nr. 276
Tumult im östlichen Mittelmeerraum Nr. 275
Söldner im Dienst autoritärer Staaten Nr. 274

© 2021 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000471177